

17.09.2019

Aktuelle Situation der Stahlindustrie und daraus resultierende Forderungen der IG Metall

Geschlossene Wertschöpfungsketten sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland von grundlegender Bedeutung. Die Stahlindustrie steht als Grundstoffindustrie am Beginn dieser Wertschöpfungskette und sichert gemeinsam mit der weiterverarbeitenden Industrie die industrielle Basis in Deutschland. Der Stahlstandort Deutschland ist mit 42 Millionen Tonnen Rohstahl der siebtgrößte Stahlhersteller weltweit und der größte in der europäischen Union. Insgesamt beschäftigt die Stahlindustrie 85.000 Beschäftigte.

Bereits seit Jahren setzt sich die IG Metall für geeignete politische Rahmenbedingungen ein, die sowohl den klimapolitischen Zielen Rechnung tragen, aber auch den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Arbeitsplätze nicht gefährden. Umweltschutz- und Industriepolitik müssen in Einklang gebracht werden und dürfen nicht konkurrierend gegenübergestellt werden. Die Stahlindustrie hat zur Erreichung der Klimaschutzziele einen weitreichenden Transformationsprozess vor sich.

Um die Klimaschutzziele in 2050 zu erreichen ist eine weitest gehende Dekarbonisierung auch in der Stahlindustrie unabdingbar. Dies ist technologisch machbar, aber auch mit großen Herausforderungen verbunden. Die derzeitigen Produktionsverfahren sind technisch-physikalisch weitestgehend ausgeschöpft. Um den Wandel zu schaffen muss in der Hochofenroute zukünftig Wasserstoff als Reduktionsmittel eingesetzt werden und damit die Kohle ersetzen. Auf der Elektroofenroute muss der konventionelle Strom durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt werden.

Alle großen Stahlhersteller haben mittlerweile angekündigt, bis zum Jahr 2050 auf eine weitestgehend CO₂-neutrale Stahlproduktion umzustellen. Dabei gehen alle Unternehmen der Hochofenroute den Weg der Direktreduktion von Eisenerz mit Wasserstoff. Die Umstellung von Hochöfen mit Kokscokeledektion auf Wasserstoffreduktionsöfen soll schrittweise erfolgen. Die rein technische Machbarkeit ist gegeben. Die Stahlunternehmen entwickeln zurzeit detaillierte Konzepte zur Umsetzung. Die Salzgitter AG gibt an, dass bereits im Jahr 2025 die Stahlproduktion mit einem Viertel weniger Emissionen möglich sei. thyssenkrupp verfolgt das langfristige Ziel, bis zum Jahr 2050 die Emissionen um 80% zu senken und beginnt bereits ab dem nächsten Jahr im kleinen Maßstab Wasserstoff in der Stahlherstellung einzusetzen. Dies geschieht über das Einblasen von Wasserstoff an einer von 28 Blasformen eines Hochofens. In den kommenden Jahren sollen dann nach und nach alle Blasformen umgestellt werden, was nach kompletter Umsetzung einer CO₂-Reduzierung von 20% entspräche. Darüber hinaus plant thyssenkrupp, die Hochöfen nach und nach durch Direktreduktionsöfen zu ersetzen. Arcelor-

Mittal betreibt in Hamburg als einziges westeuropäisches Stahlwerk eine Direktreduktionsanlage, die bereits heute mit 60% Wasserstoff läuft. Die notwendigen Investitionen, um auf 100% Wasserstoffeinsatz zu kommen sind bereits freigegeben. Ist dieses Projekt erfolgreich, soll es in allen Stahlwerken ArcelorMittals in Europa umgesetzt werden. Auch ArcelorMittal gibt als Ziel der CO₂-neutralen Stahlproduktion das Jahr 2050 aus. Die saarländische Stahlindustrie setzt zur Reduzierung von CO₂ wasserstoffreiches Kuppelgas (Koksgas) ein. Die Umsetzung der ersten Stufe soll bis 2021 erfolgt sein.

Der gesamte Energiebedarf für diese Umstellung ist dabei gigantisch. Erwartet wird ein zusätzlicher Strombedarf von mindestens 130 Terrawattstunden (TWh) pro Jahr. Im Jahr 2018 wurden in Deutschland insgesamt 226 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt, was in etwa auch dem Niveau der Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle zusammen entspricht. Ein anderes Beispiel verdeutlicht noch viel intensiver die zukünftigen Bedarfe. Wollte man die zusätzlich benötigten 130 TWh über Windkraftanlagen erzeugen, müssten 12.000 zusätzliche Windkraftanlagen neuesten Typs (5 Megawatt) errichtet werden.

Ein weiteres Problem stellt die fehlende Infrastruktur dar. Es wird nicht ausreichen, die notwendige Stromkapazität aus erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Der Strom muss auch dort verfügbar sein, wo die industriellen Anlagen ihn benötigen. Dazu sind entweder die Stromtrassen entsprechend auszubauen oder aber Leitungskapazitäten für den Transport von Wasserstoff zu errichten. Zusätzlich müssen die entsprechenden Elektrolysekapazitäten zur Herstellung des benötigten Wasserstoffs geschaffen werden.

Eine Umstellung der Hochofenroute auf das Wasserstoffreduktionsverfahren wird hohe Investitionen erfordern. Die Stahlunternehmen beziffern das Investitionsvolumen auf rund 30 Milliarden Euro für die CO₂-arme Rohstahlerzeugung, um die Emissionsziele im Jahr 2050 zu erreichen. Ein durchschnittlicher Umsatz von ca. 40 Milliarden € pro Jahr macht die Dimensionen deutlich. Zu den zu erwartenden höheren Ausgaben für die Dekarbonisierung müssen auch noch die Forschungsaufwände und höhere operative Kosten gerechnet werden.

Dies alles muss in einem Umfeld geleistet werden, in dem die Stahlindustrie mit Kosten aus dem Emissionsrechtehandel und steigenden Stromkosten eine schwieriger werdende Wettbewerbsposition im internationalen Vergleich zu verkraften hat. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Stahlunternehmen es bisher versäumt haben, eine Branchenstrategie zu entwickeln. Gemeinsame Forschungsaktivitäten werden hier durch die IG Metall gefordert. Derzeit zeigt sich, dass die einzelnen Stahlunternehmen die Umstellung auf Wasserstoff nutzen, um damit Wettbewerb zu betreiben. Für den Stahlstandort und den Wirtschaftsstandort Deutschland wären Kooperationen zu begrüßen, um in dieser Technologie weltweit Vorreiter zu werden. Mit den Arbeitsdirektoren der Stahlindustrie und der Wirtschaftsvereinigung Stahl ist abgesprochen die CEOs der Stahlunternehmen gemeinsam mit der IGM und der Wirtschaftsvereinigung Stahl an einen Tisch zu bringen, um Möglichkeiten einer Branchenstrategie zu diskutieren.

Nicht zuletzt durch die Kampagne der IG Metall „Stahl ist Zukunft“ und die Arbeit in den Aufsichtsräten der Stahlunternehmen konnte erreicht werden, dass die deutsche Stahlindustrie sich zu den Klimaschutzzielen bekennt und den Weg der Dekarbonisierung der Produktionsprozesse beschreitet. Mit einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 80% ist die Branchenarbeit Stahl für die IG Metall von besonderer Bedeutung. Betrachtet man die 85.000 Beschäftigte in der Stahlindustrie und berücksichtigt man einen Beschäftigungseffekt von 6,5 Arbeitsplätzen, die an einem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie hängen (RWI-Studie von 2015), muss es Ziel der IG Metall sein, diesen Transformationsprozess mit industriepolitischen Forderungen zu

begleiten und die potentielle Bedrohung von ca. 550.000 Arbeitsplätzen zu verhindern. Besondere Arbeitsplatzrisiken ergeben sich durch den Wegfall der Kokereien und der Gefahr, dass der Direktreduktionsofen nicht mehr zwingend in der Nähe der Weiterverarbeitung im Stahlwerk und Warmwalzwerk stehen muss. Durch entsprechende Maßnahmen kann dieses Arbeitsplatzrisiko erheblich gemindert werden. Dazu sollten folgende Forderungen im Mittelpunkt stehen:

1. Forschungs- und Investitionsförderung

Die Umstellung der Produktion auf CO₂-arme Produktionsverfahren wird mit erheblichem Forschungs- und Investitionsaufwand verbunden sein. Gleichzeitig wird eine erhöhte Kostenbelastung der deutschen Stahlindustrie durch regulatorische Rahmenbedingungen im Vergleich zum internationalen Wettbewerb festgestellt. Es bedarf staatlicher Unterstützung bei Forschung und großtechnischer Umsetzung. Mittel dafür sollten aus den Einnahmen des Emissionsrechtehandels zur Verfügung gestellt werden, sowie aus einer zu fordernden Green Border Tax (siehe Punkt 3.).

2. Infrastruktur

Versorgungssicherheit, Netzstabilität und bezahlbarer Strom aus erneuerbaren Energien sind hier die Herausforderungen. Mit dem beschlossenen Weg des Kohleausstiegs ist man seitens der Bundesregierung aus unserer Sicht auch die Verpflichtung eingegangen, die damit verbundenen Risiken zu beherrschen. Dabei geht es nicht nur um strukturpolitische Maßnahmen in den Kohleregionen, sondern auch um die Frage von Versorgungssicherheit mit Strom. Erneuerbare Energien sowie die dazugehörigen Stromtrassen müssen ausgebaut werden.

Darüber hinaus braucht es den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur. Andere Industriestaaten, wie z.B. Japan haben längst eine Wasserstoffstrategie und sind Deutschland damit industriepolitisch voraus. Die Bundesregierung muss unverzüglich eine Wasserstoffstrategie für den Industriestandort Deutschland entwickeln.

3. Handelspolitik

In den vergangenen Jahren stand die Handelspolitik immer wieder im Fokus. So z.B. im Jahr 2015 mit massiv gestiegenen Stahl-Dumping-Importen und der Diskussion über den Marktwirtschaftsstatus der VR China, oder aber in den vergangenen zwei Jahren mit Trumps Zöllen auf Stahl und Aluminium und den damit verbundenen Safeguardmaßnahmen der EU. Auch in Zukunft werden vor dem Hintergrund von klimapolitischen Aktivitäten handelspolitische Instrumente im Fokus stehen. Zurzeit werden Stähle in die EU importiert, die mit höheren CO₂-Emissionen belastet sind, als in der EU produzierter Stahl. Hinzu kommt noch der klimaschädliche Transport über die Weltmeere und die Tatsache, dass er aufgrund fehlender Emissionsrechtehandelssysteme kostengünstiger hergestellt werden kann, ganz zu schweigen von Arbeitsbedingungen, unter denen er hergestellt wird. Daraus leitet sich eine Forderung ab, die seitens der IG Metall nun gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union erhoben wird. Um wettbewerbstechnische Nachteile auszugleichen, vorrangig aber um den klimapolitischen Zielen Rechnung zu tragen fordern wir eine Green Border Tax. Dabei handelt es sich um eine

Abgabe, die an den Außengrenzen der EU erhoben werden soll. Vereinfacht gesagt erhält der CO₂-Anteil der importierten Produkte einen Preis. Diese Mittel könnten dann zur Finanzierung von CO₂-senkenden Technologien (siehe oben: Forschungs- und Investitionsförderung) eingesetzt werden.

4. Branchenübergreifende Strategien

Die Grundstoffindustrie ist der Beginn einer geschlossenen Wertschöpfungskette. Die Wirtschaftskraft des Standortes Deutschland generiert sich genau aus diesen geschlossenen Wertschöpfungsketten. Eine gemeinsame Werkstoffentwicklung ist nur ein Aspekt, der deutlich macht, wie wichtig die enge, auch räumliche, Zusammenarbeit der Grundstoffindustrie mit der weiterverarbeitenden Industrie ist. Darüber hinaus gibt es viele Parallelen bei der Beeinflussung von Rahmenbedingungen, betrachtet man z.B. die Stahl- und Automobilindustrie. In beiden Branchen spielt das Thema CO₂ eine große Rolle. Auch in der Handelspolitik erkennt man klare Zusammenhänge, so erwogen die USA kurz nach der Einführung von Zöllen auf Stahl und Aluminium auch die Einführung von Zöllen auf Automobile. Die IG Metall ist davon überzeugt, dass die Transformation nur positiv beeinflusst werden kann, wenn die Diskussion anhand der gesamten Wertschöpfungskette geführt wird. Ein branchenübergreifender Austausch, möglichst bis hin zu gemeinsamen und abgestimmten Forderungen ist nicht nur für die wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für uns als IG Metall wichtig.